

Bettina Engels

Hungeraufstände und Kämpfe gegen hohe Preise

„Ein neues Phänomen geht um die Welt: ‘Food riots’, Aufstände von Hungrigen, brechen von Mexiko über Senegal bis nach Pakistan aus“, kommentierte der Leiter des Welternährungsprogramms (WFP) für Österreich, Deutschland und die deutschsprachige Schweiz, Ralf Südhoff (2008) – und brachte damit auf den Punkt, wie Proteste, die infolge des rasanten Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in vielen Städten weltweit und insbesondere in Afrika stattfanden, in Europa wahrgenommen wurden. Tatsächlich kam es im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 in mehr als 20 Staaten zu ‘Hungeraufständen’, nachdem die Preise für Grundnahrungsmittel vielerorts um das Doppelte oder mehr gestiegen waren.¹ Allerdings handelt es sich bei den ‘Brotrevolten’ weder um ein neues Phänomen noch um eine Erscheinung der ‘Dritten Welt’. Die Aufstände brachen nicht einfach aus, sondern haben eine lange Vorgeschichte, die in vielen Fällen zu den Protesten der späten 1980er und frühen 1990er Jahre gegen Handelsliberalisierung und Strukturanpassung sowie für demokratische Reformen zurückreicht. Zweifelsohne sind die meisten Menschen, die seit Anfang 2008 in Afrika auf unterschiedliche Weise gegen hohe Preise protestieren, von dem Preisanstieg stark betroffen. Auf die Straße gehen aber weniger diejenigen, die im klassischen Sinne Hunger leiden, sondern vor allem die Mittelschicht und prekarierte jungen Menschen in den Städten. Denn die Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten sind nicht einfach Ausdruck der Verzweiflung von Hungrigen; sie sind Teil breiter angelegter sozialer Kämpfe und als solche ebenso auf politische Herrschaft im Nationalstaat bezogen wie auf globale politisch-ökonomische Strukturen.

Diese Überlegungen führe ich im Folgenden bezogen auf die Proteste im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 in Afrika südlich der Sahara allgemein und insbesondere am Beispiel Burkina Fasos aus. Der westafrikanische Sahelstaat gehört zu den Ländern, in denen seit Anfang 2008 die intensivsten und am längsten andauernden Proteste gegen hohe Preise stattfinden. Zusätzlich

1 Vgl. Africa News vom 12.8.2008, 18.7.2008, 16.12.2008, 12.2.2009, 28.5.2009, 12.6.2009 und 8.8.2009; The Guardian vom 9.4.2008; IRIN vom 31.3.2008; Schneider 2008; Maccatory et al. 2010; Janin 2009; Bello 2009.

zur bestehenden Literatur, Presse- und NGO-Berichten sowie Regierungsdokumenten stütze ich mich empirisch auf etwa 35 Interviews mit Vertreter_innen von Protestakteuren sowie staatlicher Stellen.² Im nächsten Abschnitt skizziere ich das Phänomen der ‘Hungeraufstände’ im Zuge der jüngsten Preiskrise. Daran anschließend argumentiere ich, dass die aktuellen Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten in Afrika südlich der Sahara auch als eine Fortsetzung der „Austeritätsproteste“, die sich in den 1980er und 1990er Jahren gegen die Folgen von Handelsliberalisierung und durch die internationalen Finanzinstitutionen voran getriebenen Marktreformenten richteten, verstanden werden können. Der empirische Teil des Artikels stellt die ‘Hungerrevolten’ im Februar 2008 und die sich daran unmittelbar anschließenden Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Burkina Faso dar. Ich ordne die aktuellen Proteste in den Kontext politischer Konflikte seit der Dekolonialisierung ein und zeige, inwiefern die Proteste „gegen das teure Leben“ an frühere Bewegungen anschließen.

Hungeraufstände und Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten

Der außerordentliche Anstieg der Nahrungsmittelpreise zählt zu den schwerwiegendsten Folgen der gegenwärtigen globalen Krisen. In der ersten Jahreshälfte 2008 erreichte der wichtigste Index für Nahrungsmittelpreise, der Food Price Index der FAO, Höchstwerte. Im März lag er mehr als 50 Prozent über dem Wert des Vorjahres. 2009 sanken die Preise zwar vorübergehend, stiegen 2011 jedoch wieder stark und haben sich seither auf hohem Niveau stabilisiert.³ Neben dem hohen Ölpreis liegen die zentralen Ursachen hierfür in der gestiegenen Nachfrage nach Agrarkraftstoffen (die freilich nicht unabhängig vom Ölpreis ist) und in Spekulationen (FAO 2008: 3-6; Oxfam 2008; Stage et al. 2009; Mitchell 2008). Vor allem in armen Staaten des Südens, die mehr Getreide importieren als sie produzieren, und die nur in geringem Umfang handels- und preispolitische Maßnahmen gegenüber der Preiskrise ergreifen (können), schlägt sich die Krise auf den lokalen Märkten beinahe unvermittelt nieder (von Braun 2008; Rosset 2009).

2 Die Interviews wurden im November/Dezember 2011 sowie im August/September 2012 geführt. Mein Dank gilt den Interviewpartner_innen sowie allen, die meine Forschung in Burkina Faso unterstützt haben. Die Fallstudie war Teil des Forschungsprojekts „Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Subsahara-Afrika“ und wurde durch die finanzielle Unterstützung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) ermöglicht.

3 www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/foodpricesindex/en/ [letzter Aufruf: 4.1.2013]

In Senegal, Nigeria, Somalia und anderen afrikanischen Staaten verdoppelten sich die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis oder Weizenmehl 2007/2008 innerhalb eines Jahres (Oxfam International 2008: 5, 18f; vgl. Bello 2009). In Dutzenden Städten weltweit, die Mehrheit davon in Afrika, protestierten die Menschen mit 'Hungeraufständen', Demonstrationen und Streiks gegen den Preisanstieg.

Bei 'Hungeraufständen' handelt es sich typischerweise um spontane, nicht angemeldete Demonstrationen. Menschen versammeln sich auf den Straßen, in den Stadtvierteln und auf den lokalen Märkten. Sie marschieren zu symbolischen öffentlichen oder privaten Gebäuden, teilweise kommt es zu Plünderungen von Geschäften oder brennenden Straßenbarrikaden. Anders als die Bezeichnungen 'Hungeraufstände' oder 'Brotrevolten' vermuten lassen, geht es nicht (nur) um hohe Nahrungsmittelpreise. In der mosambikanischen Hauptstadt Maputo entzündeten sich die Proteste beispielsweise am Preisanstieg im öffentlichen Nahverkehr, den 'Chapas' genannten Minibussen (Macamo 2011). Insgesamt ist der rasante Anstieg der Preise eher ein Auslöser als die eigentliche Ursache der Auseinandersetzungen, bei denen es im Kern um soziale Ungleichheit und politische Unterdrückung geht. Häufig richten sich Demonstrationen explizit gegen die jeweils herrschenden Parteien und Präsidenten, die in vielen Fällen (wie in Burkina Faso) schon seit Jahren oder Jahrzehnten an der Macht sind (Bush 2010; Harsch 2008; Patel/McMichael 2009; s. auch Prause in diesem Heft).

'Hungeraufstände' stellen weder eine neue Erscheinung dar, noch sind sie ausschließlich im Globalen Süden zu beobachten. Schon zu Zeiten der Qing-Dynastie im 18. und 19. Jahrhundert waren Aufstände im Zusammenhang mit chronischem Nahrungsmittelmangel und hohen Preise in China regelmäßig wiederkehrende Ereignisse (Bin Wong 1982). Zahlreiche historische Studien zeigen, dass Nahrungsmittelkrisen eine wichtige Rolle bei gesellschaftlich-politischen Umbrüchen in Europa spielten (Berger/Spoerer 2001; Frank 1985; Tilly 1971; Storch 1982; Thompson 1971). Und im September 2007 machten die „Pasta-Proteste“ weltweit Schlagzeilen, als zahlreiche Menschen in Italien gegen den rasant steigenden Weizenpreis demonstrierten (Patel 2009: 30). Die Vorstellung von 'Hungeraufständen' als einer neuen Erscheinung im Zuge der gegenwärtigen Preiskrise oder als auf die 'Dritte Welt' beschränkt, verkennt nicht nur die Tatsache, dass ähnliche Proteste in einer Vielzahl von historischen und geografischen Kontexten zu beobachten sind. Sie versperrt darüber hinaus auch den Blick auf die übergreifenden Zusammenhänge, welche diesen unterschiedlichen Protesten jenseits aller raum-zeitlichen Spezifika gemeinsam sind. Edward Palmer Thompson (1971) legte in seiner wegweisenden Arbeit zur „Moralischen Ökonomie“ bereits dar, dass der Begriff '*riot*' im Sinne punktueller Aufstände anlässlich eines konkreten Geschehens wie des kurzfristigen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise

den breiteren politischen Kontext dieser Proteste zu verschleiern riskiert. *Food riots* leiten sich nicht (direkt) aus Nahrungsmittelknappheit ab, sondern sind Ausdruck übergreifender gesellschaftlich-politischer Kämpfe. Was Thompson für die 'Hungerrevolten' in England im 18. Jahrhundert feststellte, gilt für die Proteste im Zuge der jüngsten Nahrungsmittelpreiskrise ebenso: Auseinandersetzungen um hohe Lebenshaltungskosten sind keine punktuellen, von den sozialen und politisch-ökonomischen Verhältnissen isolierten Ereignisse.

„Moderne Brotaufstände“: Proteste in den Städten gegen Marktreforemen

John Walton und David Seddon (1994: 39-40) zählen in ihrer umfangreichen Studie „*Free markets and food riots*“ 146 Protestereignisse in 39 Staaten weltweit, die sich zwischen 1976 und 1992 gegen die Strukturanpassungsprogramme der Internationalen Finanzinstitutionen richteten. Solche „Austeritätsproteste“ – Demonstrationen, Generalstreiks und Aufstände gegen im Zuge der Schuldenkrise erzwungene Handelsliberalisierung und Marktreforemen – bezeichnen Walton und Seddon als „moderne Brotaufstände“ (ebd.: 53). Ebenso wie frühere 'Hungerrevolten' entstünden sie an der Schnittstelle „lokaler Missstände und nationaler oder gar internationaler ökonomischer und politischer Kräfte“ (ebd.: 33, meine Übersetzung). Während die 'Hungeraufstände' des 18. und 19. Jahrhunderts vor allem im Kontext einer zunehmenden Industrialisierung zu sehen sind, sind ein hohes Maß an weltwirtschaftlicher Verflechtung in Kombination mit der sich durchsetzenden neoliberalen Doktrin der globalen Politischen Ökonomie die entscheidenden Kontextbedingungen der Proteste im 20. und 21. Jahrhundert. Gemeinsam ist beiden Zusammenhängen die Durchsetzung kapitalistischer Vergesellschaftung als Rahmenbedingung, ohne welche die 'Brotrevolten' nicht zu verstehen sind. Denn bei den Protesten geht es nicht um Knappheit von Nahrung als solche: nicht darum, dass zu wenig Nahrungsmittel verfügbar wären, sondern darum, dass arme städtische Bevölkerungsschichten sie sich nicht leisten können.

So ist auch die jüngste Nahrungsmittelpreiskrise nicht als singuläres Ereignis zu verstehen, das im Sinne eines externen Schocks die 'Hungerrevolten' Anfang 2008 auslöste. Sie ist vielmehr Ausdruck und Bestandteil eines historisch spezifischen Geflechts politisch-ökonomischer Beziehungen insbesondere zwischen dem globalen Norden und Süden. Das gegenwärtige globale Ernährungsregime zeichnet sich durch die Abhängigkeit des Industriekapitalismus von fossilen Energien ebenso aus wie durch die Expansion der Agrarkraftstoffproduktion, Spekulationen mit Böden und auf den Nahrungsmittelmärkten sowie die Konzentration und Zentralisierung der profitorientierten Produktion von Nahrungsmitteln

(McMichael 2009a; b). Wachsender Energiebedarf bei gleichzeitiger Erkenntnis, dass die weltweiten fossilen Energiereserven endlich sind, sowie der Wunsch nach Unabhängigkeit von den Ölförderstaaten haben dazu geführt, dass vor allem Industrie- und Schwellenländer zunehmend versuchen, ihren Energiebedarf durch Agrarkraftstoffe zu decken. Infolgedessen werden große Flächen im globalen Süden und Osten für den Anbau von entsprechenden Pflanzen (etwa Zuckerrohr, Jatropha oder Ölpalmen) umgenutzt – und stehen deshalb für die Produktion von Nahrungsmitteln nicht (mehr) zur Verfügung. In Konkurrenz zur Produktion von Nahrungsmitteln für die Subsistenz und den lokalen Markt steht auch die Nutzung von großen Flächen für den exportorientierten Anbau von *cash crops* durch internationale staatliche und privatwirtschaftliche Akteure (Anseeuw et al. 2012). Weitere Nutzungskonkurrenzen bestehen durch die Unterschutzstellung zur Generierung von CO₂-Emissionszertifikaten und die aktuelle Ausweitung des Bergbaus im Zuge des globalen Rohstoffbooms. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise sind landwirtschaftliche Nutzflächen außerdem zum attraktiven Spekulationsobjekt geworden.

Die 'Hungerrevolten' und Proteste gegen hohe Nahrungsmittelpreise im globalen Süden lassen sich vor diesem Hintergrund auch als Proteste gegen ein Ernährungsregime lesen, das auf kommerzielle Nahrungsmittelproduktion und Weltmarktorientierung statt auf Ernährungssouveränität setzt (vgl. zum Konzept Ernährungssouveränität Pimbert 2009; Rosset 2009). Die Förderung einer weltmarktorientierten kommerziellen Agrarproduktion (anstatt des Anbaus zur Subsistenz und für den lokalen Markt) ist keineswegs eine neue Erscheinung in Zeiten gegenwärtiger multipler Krisenphänomene, sondern hat ihre Ursprünge im Kolonialismus (vgl. McMichael 2009b) und wurde ab den 1970er Jahren im Kontext von Schuldenkrise, Strukturanpassung und Welthandelsliberalisierung weiter vorangetrieben. Die Côte d'Ivoire setzte beispielsweise in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Dekolonialisierung auf den Anbau von für den Export bestimmten Produkten (Kaffee, Kakao, Ananas, Bananen, Tropenhölzer) und wurde zum weltweit größten Kakaoproduzenten. Als nach dem Boom in den 1970er Jahren der Weltmarktpreis für Kakao in den 1980er Jahren fiel, war das Land 1987 praktisch insolvent. Mit der wirtschaftlichen Krise und der zunehmenden Verschuldung wuchs der Einfluss der bi- und multilateralen Geber, und der wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsspielraum der ivoirischen Regierung wurde erheblich eingeschränkt. Bereits ab 1981 setzte der Internationale Währungsfonds (IWF) Strukturanpassungsprogramme durch, die eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Investitionen erzwangen (Cogneau/Mesple-Somps 2003; Amin 1973; Losch 2000). In den frühen 1990er Jahren kam es zu umfangreichen Protesten dagegen unter der Federführung von Gewerkschaften und Studierendenorganisationen (Walton/Seddon 1994: 156-158).

Eine unintendierte Folge der Strukturanpassungsprogramme war in einigen Fällen die politische Destabilisierung der betreffenden Staaten im globalen Süden. Denn zentrale Gruppen wie Staatsbedienstete (einschließlich des Militärs) und Studierende erfuhr durch die umfangreichen Kürzungen öffentlicher Ausgaben relative Deprivation und lehnten sich infolgedessen gegen ihre jeweiligen Regierungen auf (Walton/Seddon 1994: 140f). Die „Austeritätsproteste“ der 1980er und 1990er Jahre richteten sich gegen den Abbau sozialer Sicherung, Kürzungen im Bereich der Schulen und Hochschulen sowie Entlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und in staatseigenen Betrieben. Die gegenwärtigen Aufstände gegen hohe Lebenshaltungskosten stellen insofern eine Fortsetzung dieser Proteste dar, als die Politiken der Weltmarktorientierung und Handelsliberalisierung die Abhängigkeit der Staaten des Südens von Nahrungsmittelimporten sowie Importen für Dünger, Saatgut etc. verstärkt haben. Diese Abhängigkeit hat dazu beigetragen, dass die jüngsten Weltmarktkrisen sich in Preissteigerungen auf den lokalen Märkten des Südens niedergeschlagen haben. Die meisten afrikanischen Staaten sind heute Nettoimporteure von Getreide (vgl. von Braun 2008). Der hohe Ölpreis hat zu deutlich gestiegenen Preisen für Düngemittel geführt, die sich Subsistenz- und kleinbäuerliche Produzent_innen in den meisten Staaten des Südens kaum leisten können (McMichael 2009a; Oxfam International 2008). Außerdem richten sich die gegenwärtigen Proteste nicht nur gegen die hohen Nahrungsmittelpreise als solche, sondern gegen die hohen Lebenshaltungskosten insgesamt. Diese werden ebenso wie durch die Preise für Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten auch durch die gestiegenen Kosten in anderen Bereichen des alltäglichen Lebens – Ausgaben für medizinische Versorgung und Medikamente, Schulbesuch und Studium, Wohnen, Transport – bzw. durch die Schere zwischen diesen Ausgaben und dem verfügbaren Einkommen bestimmt. So beziehen sich die Proteste, die durch die Nahrungsmittelpreis Krise 2007/2008 ausgelöst wurden, in vielen Fällen explizit auf dieselben Punkte wie die „Austeritätsproteste“ der 1980er und 1990er Jahre: Entlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Privatisierung staatseigener Unternehmen und öffentlichen Dienstleistungen, gestiegene Kosten und zunehmende Ungleichheit im Bildungs- und Gesundheitssektor.

Darüber hinaus haben die aktuellen Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten mit den „Austeritätsprotesten“ gemeinsam, dass es vor allem Schüler_innen, Studierende und Mittelschichtsangehörige in den Städten sind, die auf die Straßen gehen. Walton und Seddon (1994: 140) stellen fest, dass die Demonstrationen gegen die Politiken der Internationalen Finanzinstitutionen in den Ländern des Südens weniger von den traditionell einkommensarmen sozialen Gruppen getragen werden, sondern von jenen, die durch die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Zuge der Strukturanpassungsprogramme verarmten, insbesondere

(ehemalige) Angestellte des öffentlichen Sektors und von staatseigenen Firmen. Für die aktuellen Proteste gilt dies insbesondere für von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Bündnissen organisierte Aktionen. Teilweise handelte es sich bei den 'Hungeraufständen' auch tatsächlich um spontane *riots*, deren Protagonisten typischerweise marginalisierte urbane Jugendliche⁴ sind; mehrheitlich junge Männer, die ohne regelmäßiges Einkommen im informellen Sektor ihr Überleben zu sichern versuchen. In einigen Fällen griffen wie in Burkina Faso Gewerkschaften und andere formalisierte Protestakteure die spontanen Aufstände auf; in anderen wie in Kamerun riefen zuerst die Gewerkschaften zu Streiks und Demonstrationen auf, denen sich dann auch viele unorganisierte Jugendliche anschlossen. Ebenso wie die „Austeritätsproteste“ finden auch die aktuellen Kämpfe um hohe Lebenshaltungskosten in den Städten statt, insbesondere in Afrika – obwohl nach wie vor die Mehrheit der Afrikaner_innen auf dem Land lebt und sie die Nahrungsmittelpreiskrise meist ebenso trifft wie die städtische Bevölkerung (Maas/Matthews 2009; Oxfam International 2008). Naheliegende Gründe dafür, dass die 'Hungeraufstände' und Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten zuvorderst in den Städten stattfinden, bestehen in den geografischen, technischen und sozialstrukturellen Bedingungen, die Mobilisierung zu kollektivem Handeln und politischem Protest im ländlichen Raum in Afrika südlich der Sahara (wie in anderen Weltregionen auch) erschweren. Ein wesentlicher Grund ist aber auch, dass sich diese Proteste eben nicht nur auf die Nahrungsmittelpreise beziehen, sondern auf die hohen Lebenshaltungskosten insgesamt – und dass es bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Städten sind, die in diesem Zusammenhang Deprivation erfahren.

Hungeraufstände und Proteste „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso

In Burkina Faso fanden Ende Februar 2008 innerhalb einer Woche in den vier größten Städten des Landes – der Hauptstadt Ouagadougou sowie in Bobo-Dioulasso, Ouahigouya und Banfora – 'Hungeraufstände' statt. Bei unangemeldeten (Bobo-Dioulasso, Ouahigouya) bzw. nicht genehmigten (Ouagadougou) Demonstrationen kam es zu umfangreichen Sachschäden an Tankstellen, öffentlichen und privaten Gebäuden; bei Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften wurden zahlreiche Menschen verletzt und Hunderte

4 „Jugendlich“ hier weniger im Sinne des Lebensalters denn als soziale Kategorie (vgl. Christiansen et al. 2006; Honwana/de Boeck 2005).

festgenommen (Maccatory et al. 2010; Harsch 2009).⁵ Ein wichtiger Auslöser war die geplante Einführung einer so genannten kommunalen Entwicklungssteuer (*taxe de développement communal*, TDC). Die Abgabe auf Mopeds, Motorräder, PKW und LKW war von der burkinischen Regierung schon Jahre zuvor beschlossen worden und sollte nun ausgerechnet zu einem Zeitpunkt eingeführt werden, als die Preise auf den lokalen Märkten enorm stiegen.

Noch am selben Tag, an dem in Ouagadougou die 'Hungeraufstände' stattfanden, versammelten sich die Gewerkschaften und verabschiedeten eine Erklärung, in der sie die bei den Aufständen entstandenen Schäden zwar rhetorisch bedauerten, aber daraufhingen, dass die Proteste Ausdruck der legitimen Wut der Bevölkerung über die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten seien. Die Gewerkschaften kritisierten die Maßnahmen, welche die burkinische Regierung gegen den Preisanstieg ergriffen oder angekündigt hatte (beispielsweise eine dreimonatige Aussetzung der Importsteuern auf Getreide), als unzureichend. Darüber hinaus riefen sie andere zivilgesellschaftliche Akteure zu einer gemeinsamen Versammlung am 6. März und einer zentralen Demonstration in Ouagadougou am 15. März 2008 auf. Am 12. März schlossen sich alle großen Gewerkschaften, Konsument_innen- und Berufsverbände, Menschenrechtsorganisationen sowie Schüler_innen- und Studierendengruppen zur „nationalen Koalition gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Strafflosigkeit und für die Freiheit“ (*Coalition nationale de lutte contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés*, CCVC) zusammen.

Das Bündnis organisierte landesweite Generalstreiks am 8. und 9. April sowie vom 13.-15. April 2008 und regelmäßige Großkundgebungen, so am 15. Mai 2008, am 8. April 2011 und am 26. Mai 2012.⁶ Die hohen Lebenshaltungskosten waren schon lange und zunehmend seit 2007 ein Thema auf der Agenda der burkinischen Gewerkschaften. Aufbauend auf frühere Mobilisierungen und Proteste fiel es ihnen leicht, das Thema unmittelbar nach den 'Hungeraufständen' aufzugreifen. Seither mobilisiert die CCVC immer wieder zahlreiche Menschen zu Demonstrationen, Sit-Ins und Streiks unter dem Slogan „gegen das teure Leben“. Die burkinische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Preiskrise abzufedern, etwa vorübergehende Preiskontrollen, die Aussetzung von

5 IRIN, 4.3.2008; Le Pays No. 4310, 20.2.2008; L'Observateur Paalga No. 7077, 22.-24.2.2008; L'Événement No. 134, 25.2.2008; Le Pays No. 4334, 30.3.2009; L'Observateur Paalga No. 7199, 19.8.2008.

6 Faszine, 19.3.2011; « La CCVC demande au gouvernement de LAT de réduire significativement le coût de la vie! », Pressemitteilung, 7.5.2012; CCVC/le comité d'organisation, « Toutes et tous ensemble à la marche meeting du 26 Mai 2012 contre la vie chère » (Fluglath, Mai 2012).

Steuern und Importzöllen für Grundnahrungsmittel und die Einrichtung von Ausgabestellen für subventionierte Lebensmittel (Zahonogo et al. 2011; Africa Research Bulletin 2008; Chouli 2012; AN 2008). Ende April 2011 kündigte sie darüber hinaus die Aussetzung der umstrittenen Steuer TDC sowie eine zehnprozentige Senkung der Lohnsteuer und Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst an (L'Observateur Paalga, 28.4.2011). Die CCVC verbucht dies als Erfolg ihrer Proteste. Auch dass die Regierung das Bündnis als Gesprächspartner anerkennt und mit ihm verhandelt, ist in den Augen langjähriger Aktivist_innen ein Erfolg. Bis in die 2000er Jahre hinein sei es kaum vorstellbar gewesen, dass die Regierung gewerkschaftliche Forderungen aufgriff – und wenn, hätte sie es niemals zugegeben, so ein Gewerkschaftsfunktionär (Interview, Ouagadougou, 3.12.2011).

In den Protesten gegen die hohen Preise kumulieren in Burkina Faso unterschiedliche soziale Kämpfe, die das Land prägen, seit Blaise Compaoré 1987 das Präsidentschaftsamt übernahm und 1991 die „IV. Republik“ ausgerufen wurde. Die aktivsten oppositionellen Bewegungen sind dabei neben den Gewerkschaften die Menschenrechts-, die Schüler_innen- und Studierendenbewegung. Der größte gewerkschaftliche Dachverband, die *Confédération générale des travailleurs du Burkina* (CGT-B), wurde 1988 gegründet und ist heute die treibende Kraft der CCVC, deren Vorsitzender der CGT-B-Präsident Tolé Sagnon ist. Studierende, Schüler_innen und Gewerkschaften haben in Burkina Faso eine lange Geschichte von Protesten ins Leben gerufen. Der erste Präsident Obervoltas⁷ nach der Unabhängigkeit, Maurice Yaméogo, verlor 1966 die Macht nach Protesten von Schüler_innen und Gewerkschaften. In den 1980er Jahren mobilisierten Schüler_innen und Studierende gegen Yaméogos Nachfolger, General Lamizana. Als Thomas Sankara Premierminister war und inhaftiert wurde, streikten und demonstrierten Schüler_innen, Studierende und Gewerkschaften, bis Sankara entlassen wurde – und 1983 schließlich selbst nach einem Militärcoup Präsident wurde (Hagberg 2002: 228f). Vier Jahre später, im Oktober 1987, wurde Sankara bei einem weiteren Putsch getötet, und Blaise Compaoré, ein früherer Weggefährte Sankaras, übernahm das Präsidentschaftsamt, das er bis heute innehat.⁸ 1990, im selben Jahr, in dem das erste Strukturanpassungsprogramm für Bur-

7 Das Land wurde erst 1984 in Burkina Faso umbenannt.

8 Die „Affäre Thomas Sankara“ ist weit über die Grenzen Burkina Fasos hinweg bis heute Gegenstand politischer Kontroversen. Ich gehe auf diese Auseinandersetzungen hier nicht weiter ein – nicht, weil sie für die politischen Kämpfe in Burkina Faso nicht wichtig wären, sondern weil sie mit den 'Brotrevolten' und den Protesten „gegen das teure Leben“ wenig verquickt sind.

kina Faso beschlossen wurde⁹, begannen Proteste für demokratische Reformen, vorwiegend von Angestellten des öffentlichen Dienstes (Bratton/Walle 1992: 423). Die burkinischen Gewerkschaften mobilisierten bereits in der ersten Phase der Strukturanpassung Anfang der 1990er Jahre gegen das Missverhältnis von steigenden Lebenshaltungskosten und stagnierenden Einkommen, insgesamt jedoch eher erfolglos (vgl. EI 2009).

Seit der Gründung der IV. Republik sind die sozialen Kämpfe in Burkina Faso durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: die Fokussierung auf politische Rechte in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren sowie die Tatsache, dass sich den Kämpfen der Gewerkschaften, Menschenrechtsbewegung, Schüler_innen- und Studierendenorganisationen in den 2000er Jahren zumindest punktuell auch Menschen anschlossen, die bisher selten daran beteiligt waren – unorganisierte Jugendliche in den Städten und kleine Händler_innen, Polizeiangehörige in der Ausbildung, Richter, Personal des Außenministeriums (Harsch 2009: 275). Beide Entwicklungen schlugen sich unmittelbar in den ‘Brotrevolten’ und den Protesten „gegen das teure Leben“ nieder.

Fragen politischer Rechte rückten im Lauf der 1990er Jahre stärker in den Vordergrund; die 1989 gegründete Menschenrechtsorganisation *Mouvement burkinabè des droits de l’homme et des peuples* (MBDHP) wurde eine bedeutende außerparlamentarische politische Kraft. Gegenwärtig ist der MBDHP die zweitgrößte Organisation innerhalb der CCVC und ihr Vorsitzender, Chrysogone Zougmore, der Vizepräsident des Bündnisses. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, der Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen das „Verschwindenlassen“ politischer Gegner_innen wurden zentrale Themen – nicht nur für den MBDHP, sondern auch für die Schüler_innen und Studierendenbewegung. 1990 wurde Dabo Boukary, ein Aktivist der Studierendenbewegung, von Sicherheitskräften zu Tode gefoltert. Erst im Zuge eines Studierendenstreiks 1997 gaben die Behörden seinen Tod zu (Chouli 2012: 133). Die Ermordung des regimekritischen Journalisten Norbert Zongo im Dezember 1998 führte zu den bis dahin größten Demonstrationen gegen die Straflosigkeit und zur Gründung des „Kollektivs demokratischer Massenorganisationen und politischer Parteien“ (*Collectif d’organisations démocratiques de masse et de partis politiques*), kurz „Kollektiv“ genannt. Die CCVC konnte 2008 nur deshalb unmittelbar im Anschluss an die ‘Hungerrevolten’ gegründet werden und innerhalb kurzer Zeit zu Generalstreiks und großen Demonstrationen mobilisieren, weil sie direkt auf

9 Das erste Strukturanpassungsprogramm für Burkina Faso, das *Programme de facilité d’ajustement structurel renforcé*, lief von 1991-1993, das zweite von 1994-1996 und das dritte von 1997-1999. Seit 2000 legt Burkina Faso im Zuge der HIPC-Initiative Strategiepapier zur Armutsreduzierung (*Poverty Reduction Strategie Papers*, PRSP) vor.

das „Kollektiv“ aufbaute.¹⁰ Die meisten Organisationen, die sich in der CCVC zusammenschlossen, arbeiteten im „Kollektiv“ bereits fast zehn Jahre zusammen. Die beiden Allianzen, die derzeit mit großen personellen und institutionellen Überschneidungen parallel weiter bestehen, unterscheiden sich dahingehend, dass in den Protesten „gegen das teure Leben“ die Gewerkschaften die Federführung haben, während im „Kollektiv“ die Menschenrechtsbewegung die treibende Kraft bildet. Außerdem sind in der CCVC politische Parteien ausgeschlossen. Dies sei eine bewusste Entscheidung gewesen, so führende Aktivisten des Bündnisses; man habe nicht riskieren wollen, dass Parteipolitiker_innen die CCVC für individuelle Machtinteressen und politische Ambitionen missbrauchen könnten.¹¹

Gegenwärtig stehen mit den hohen Lebenshaltungskosten sozioökonomische Themen an erster Stelle auf der Agenda der Protestakteure. Die Kämpfe für politische Rechte werden damit in Burkina Faso aber weder verdrängt noch obsolet; die Menschenrechtsbewegung und ihre Forderungen sind eng mit den Protesten „gegen das teure Leben“ verknüpft. Diese Verknüpfung erfolgt diskursiv und auf der Ebene der beteiligten Akteure: Unter dem Slogan „gegen das teure Leben“ werden die hohen Lebenshaltungskosten als Menschenrechtsthema gerahmt (vgl. Engels 2012); und neben dem MBDHP sind auch zahlreiche andere bedeutende Gruppen der burkinischen Bürgerrechts- und Demokratiebewegung aktiv an der CCVC beteiligt, etwa das *Réseau National de Lutte Anti-Corruption* (REN-LAC), die Journalist_innen-Vereinigung *Association des Journalistes du Burkina* (AJB) und die Grundrechtsorganisation *Antenne Social Alert Burkina* (ASAB). Im Jahr 2011 wurde deutlich, wie aktuell Fragen von Straflosigkeit und Willkür der Sicherheitskräfte in Burkina Faso nach wie vor sind, als der Schüler Justin Zongo (nicht verwandt mit dem Journalisten Norbert Zongo) im Februar in Gewahrsam der Gendarmerie in der Stadt Koudougou ums Leben kam – und Regierungsvertreter zunächst behaupteten, der junge Mann sei an Meningitis gestorben (vgl. CNP 2011). Den massiven Protesten der Schüler_innen in Koudougou schlossen sich binnen weniger Tage landesweit Schüler_innen, Studierende und andere Gruppen an. Die Ereignisse vom Februar wurden zum Auslöser einer politischen Krise in Burkina Faso, im Zuge derer es zu Großdemonstrationen nicht nur der Schüler_innen und Studierenden, sondern ebenso der CCVC und von Händler_innen sowie zu Meutereien in Polizei und Militär kam. Erst nach der Auflösung der Regierung und der Entlassung des Premierministers im April 2011 gelang es Präsident Compaoré, Militär und Polizei

10 Interviews CCVC, Ouagadougou, 16.11.2011 und 3.12.2011 und „Kollektiv“, Koudougou, 8.12.2011.

11 Interviews CCVC, Ouagadougou, 16.11.2011 und „Kollektiv“, Koudougou, 8.12.2011.

weitgehend wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Die neue Regierung unter Premierminister Luc-Adolphe Tia zeigt sich der CCVC und den Gewerkschaften gegenüber deutlich gesprächs- und kompromissbereiter.

„Hunger, Armut, Imperialismus“ – Proteste gegen Strukturanpassungen

Die Proteste „gegen das teure Leben“ beziehen sich nicht nur auf die in jüngster Zeit stark gestiegenen Lebensmittelpreise. In der Argumentation der in der CCVC zusammengeschlossenen Organisationen sind zwei Ursachenanalysen hinsichtlich der Frage der Lebenshaltungskosten zentral. „Das teure Leben“ sei einerseits vor allem ein Problem der Schere zwischen Preisen und verfügbarem Einkommen, denn den rasant steigenden Lebenshaltungskosten stünden stagnierende oder nur geringfügig steigende Löhne und Gehälter gegenüber. Deren Erhöhungen müssten weit über das übliche Maß hinaus gehen, um den Preisanstieg auszugleichen, fordern die Gewerkschaften (vgl. CGT-B 2011: 104, Interview Gewerkschaften, Ouagadougou, 2.9.2012). Andererseits seien die durch Privatisierung und strukturelle Unterfinanzierung steigenden Kosten für soziale Grundversorgung, insbesondere für Bildung, eine zentrale Ursache für „das teure Leben“. Bei steigenden Preisen und stagnierenden Einkommen würden den Familien erst recht keine Mittel für Schulbücher und die weiterführende oder universitäre Ausbildung der Kinder bleiben.¹²

Die aktuellen Proteste „gegen das teure Leben“ schließen an die „Austeritätsproteste“ der frühen 1990er Jahre an. Mit Verweis auf die gewerkschaftlichen Kämpfe gegen Marktliberalisierung und Privatisierung in der ersten Phase der Strukturanpassung erklärt ein Gewerkschaftsfunktionär: „Wir haben das schon damals gesagt: FMI [*fonds monétaire international*, IWF], das bedeutet *famine, misère, impérialisme* [Hunger, Armut, Imperialismus]!“ (Interview, Ouagadougou, 2.9.2012, meine Übersetzung). Die aktuellen hohen Lebenshaltungskosten führen die Protestakteure ursächlich auf die Strukturanpassungsmaßnahmen zurück. Die umfangreichen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben sowie die Privatisierungen der staatseigenen Unternehmen hätten zu Arbeitslosigkeit und sinkendem Lohnniveau geführt (vgl. auch EI 2009), während die Privatisierung und Kommodifizierung im Bildungs- und Gesundheitsbereich gleichzeitig die Lebenshaltungskosten weiter in die Höhe trieben. Die Strukturanpassung, argu-

12 Interviews Gewerkschaften, Ouagadougou, 10.11.2011; Frauenorganisation, Ouagadougou, 18.11.2011; Berufsverband, Ouagadougou, 20.11.2011; Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Studierendenbewegung, Bobo-Dioulasso, 25.11.2011.

mentieren Aktivist_innen unterschiedlicher Organisationen, sei der Ursprung des „teuren Lebens“.¹³ Die Abwertung des Franc CFA¹⁴, die im Januar 1994 unter Druck des IWF erfolgte, habe die Kaufkraft zusätzlich nachhaltig geschwächt.¹⁵ Die hohen Lebenshaltungskosten seien „die Folge der politischen und ökonomischen Entscheidungen der IV. Republik, aufgezwungen von den internationalen Mächten und ihren Finanzinstitutionen“, heißt es in der Gründungserklärung der CCVC: „So lange die Regierung Compaoré weiter unter dem Diktat des IWF und der Weltbank arbeitet, wird sich die Armut der burkinischen Bevölkerung weiter verschärfen.“¹⁶ Der zentrale Forderungskatalog des Bündnisses umfasst dementsprechend die Forderungen nach einem Ende der Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen, die Nicht-Unterzeichnung der EPAs¹⁷ sowie die Einführung eines Arbeitslosengelds „insbesondere für die Arbeiter, die Opfer der Strukturanpassungsprogramme geworden sind“ (Plate Forme d’Action de la CCVC, 12.3.2008, meine Übersetzung).

Der Forderungskatalog der CCVC weist die Proteste „gegen das teure Leben“ als gewerkschaftliche Kämpfe aus, deren Hauptklientel die urbane Mittelschicht ist, insbesondere die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die größte Gruppe innerhalb der burkinischen Gewerkschaften. So lautet die erste Forderung, noch vor der Forderung nach Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel: „Erhöhung der Gehälter, der Pensionen aller Staatsbediensteten und Arbeiter in Privatbetrieben, entsprechend der Lebenshaltungskosten“ (ebd., meine Übersetzung). Auch von den Erfolgen der Kämpfe „gegen das teure Leben“ wie Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, der Aussetzung der kommunalen Entwicklungssteuer und der Reduzierung der Lohnsteuer profitiert letztlich nur eine Minderheit der burkinischen Bevölkerung direkt. Über drei Viertel der Menschen in Burkina Faso leben von der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Tierhaltung, und die meisten von ihnen verfügen weder über ein Einkommen aus abhängiger Beschäftigung noch über ein motorbetriebenes Fahrzeug, so dass sie die betreffenden

13 Interviews CCVC, Gewerkschaften, Studierendenbewegung, Bobo-Dioulasso, 25.11.2011 und Koudougou, 8.12.2011, Jugendverband, Ouahigouya, 1.9.2012.

14 Der Franc CFA ist die gemeinsame Währung der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion und war seit seiner Einführung durch die Ratifizierung des Bretton-Woods-Abkommens 1945 mit einem festen Wechselkurs an den französischen Franc gekoppelt. Im Januar 1994 wurde er um 50 Prozent abgewertet. Gegenwärtig liegt der feste Kurs bei 1 Euro = 655,957 Franc CFA.

15 Interviews Gewerkschaften, Ouagadougou, 1.12.2011; CCVC, Koudougou, 8.12.2011

16 CCVC, De la création d’une CVCC au Burkina Faso, Ouagadougou, März 2008, S. 2, meine Übersetzung

17 *Economic Partnership Agreements*, Abkommen zwischen der EU und den Staaten in Afrika, der Karibik und dem Südpazifik über Freihandelszonen

Steuern ohnehin nicht zu zahlen haben. Tatsächlich verfügen die burkinischen Gewerkschaften über wenig Unterstützung im bäuerlichen Spektrum (Maccatory et al. 2010: 359). Demgegenüber spielt die Überlegung, wie das Gros der nicht-gewerkschaftlich organisierten Prekarisierten erreicht werden kann, durchaus eine Rolle. Bei einer Bevölkerung von über 16 Millionen Menschen hat der öffentliche Sektor in Burkina Faso nach Gewerkschaftsschätzung weniger als 150.000 angestellte Beschäftigte, die Privatwirtschaft etwa eine halbe Million. „Auch deshalb haben wir die CCVC gegründet“, so ein Gewerkschaftsfunktionär (Interview, Ouagadougou, 2.9.2012, meine Übersetzung). Doch auch in den anderen an dem Bündnis beteiligten Gruppen sind mehrheitlich lohnabhängig Beschäftigte, Mittelschichtsangehörige, Schüler_innen und Studierende organisiert.

Die ‘Hungeraufstände’, die der Anlass für die Gründung der „Koalition gegen das teure Leben“ waren, waren hingegen spontane Aktionen jener, die in den Gewerkschaften und andere Organisationen seltener vertreten sind: überwiegend junge Menschen, die sich ohne ‘reguläre’ Erwerbsarbeit durchzuschlagen versuchen. Spontane *riots* sind schon im Zuge früherer Konflikte in das gesellschaftliche Protestrepertoire¹⁸ in Burkina Faso eingegangen – beispielsweise 2006, als Jugendliche in Ouagadougou auf diese Weise die Einführung einer Helmpflicht für Mopeds und Motorräder verhinderten (vgl. Chouli 2012: 134). Die ‘Hungeraufstände’ vom Februar 2008 waren nicht von den Gewerkschaften oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen organisiert worden und kamen für viele ihrer Funktionär_innen sogar überraschend.¹⁹ Zwar konnten die Gewerkschaften das Thema unmittelbar besetzen und erfolgreich unter dem Slogan „gegen das teure Leben“ mobilisieren. Kleine Händler_innen, ebenfalls Hauptakteure bei den ‘Hungeraufständen’, schlossen sich den Protesten der CCVC teilweise an. Die Basis der Proteste „gegen das teure Leben“ geht damit über jene bisheriger sozialer Kämpfe hinaus. Es ist den Gewerkschaften und anderen Organisationen insgesamt aber kaum gelungen, über die Proteste die zahlreichen erwerbslosen und im informellen Sektor tätigen Jugendlichen systematisch in die Mobilisierung einzubeziehen. Hinzu kommt, dass mit *Kebayina* zwar ein starker Frauenverband in dem Bündnis vertreten ist, die anderen beteiligten Organisationen aber weitgehend männlich dominiert sind – obwohl Frauen von dem gestiegenen Nahrungsmittelpreisen ganz besonders betroffen sind.

18 Gesellschaften verfügen über Traditionen, Riten und routinierte Handlungsweisen, wie sie kollektive politische Auseinandersetzungen führen. Der Begriff des Protestrepertoires bezieht sich auf diese Formen kollektiven Handelns, die in der politischen Kultur einer Gesellschaft eingeschrieben sind (vgl. Tarrow 1998: 20; Taylor/van Dyke 2004).

19 Interviews Gewerkschaften, Ouagadougou, 10.11.2011; Gewerkschaften, Menschenrechts- und Studierendenbewegung, Bobo-Dioulasso, 25.11.2011

Spontane *riots*, die meist von wenig organisierten städtischen Gruppen getragen werden, und Proteste stärker institutionalisierter Akteure wie der Gewerkschaften stellen unterschiedliche Protestformen dar, die oft über eine unterschiedliche soziale Basis verfügen. Sie sind jedoch nicht als unabhängig von- oder konkurrierend zueinander, sondern als miteinander verknüpft und einander ergänzend zu sehen. Für die Gewerkschaften und andere Organisationen in Burkina Faso waren die ‘Hungeraufstände’ vom Februar 2008 ein Anlass, den sie zur Mobilisierung nutzen konnten. Sie schlossen damit sowohl inhaltlich als auch institutionell unmittelbar an vorherige Auseinandersetzungen an – inhaltlich vor allem an gewerkschaftliche Kämpfe sowie an Proteste gegen die Folgen der Strukturanpassungsmaßnahmen; institutionell, indem sie mit der Gründung der CCVC auf das durch das „Kollektiv“ bestehende Netzwerk aufbauten.

Schlussbemerkung

Natürlich ist es kein Zufall, dass 2008 und 2011, als die Nahrungsmittelpreise weltweit ihre bisherigen Höhepunkte erreichten, in zahlreichen Städten des globalen Südens ‘Brotrevolten’ stattfanden. Die Preiskrise entspringt dem Geflecht globaler politisch-ökonomischer Strukturen, und die Proteste gegen den Preisanstieg sind vor dem Hintergrund dieser Strukturen zu sehen – ohne dass globale Krisen und Strukturen deshalb notwendigerweise lokale soziale Kämpfe herbeiführen. Denn es ist auch kein Zufall, dass mancherorts in Afrika wie in Burkina Faso und Kamerun ‘Hungeraufstände’ und intensive Proteste gegen hohe Preise stattfanden und anderenorts wie in Äthiopien und Benin kaum – obwohl diese Länder von der Nahrungsmittelpreiskrise genauso betroffen sind. Andauernde Proteste im Zuge von Preiskrisen sind dort wahrscheinlich, wo wie in Burkina Faso starke soziale Bewegungen und organisierte Protestakteure bestehen, die aufbauend auf Erfahrungen und Netzwerke aus früheren Kämpfen im Fall steigender Preise mobilisieren können. In Burkina Faso – und ebenso in vielen anderen afrikanischen Staaten – spielten die Gewerkschaften dabei eine zentrale Rolle.

Der Anstieg der Lebensmittelpreise bietet ein besonderes Potenzial für umfassende Mobilisierung, weil er große Teile der Bevölkerung in ähnlicher Weise betrifft. Für die ärmsten Schichten hat der Preisanstieg Existenz bedrohende Wirkung (vgl. Mission Conjointe Gouvernement et al. 2008), für die Mittelschichten verstärkt er die relative Deprivation. Die Proteste gegen die hohen Preise waren deshalb nicht wie andere Mobilisierungen auf ein relativ kleines Bevölkerungssegment beschränkt, wenngleich an unterschiedlichen Protestformen (‘Hungerrevolten’, gewerkschaftliche Demonstrationen) unterschiedliche Gruppen beteiligt

waren. Und das Mobilisierungspotenzial ist noch nicht erschöpft: Insbesondere Frauen und ländliche Bevölkerung sind bisher wenig am kollektiven Handeln in den Auseinandersetzungen um die hohen Preise beteiligt. Um sie und ihre Interessen stärker einzubinden, müssten sich die bestehenden Bündnisse über den Kreis der aus anderen Kämpfen miteinander vertrauten Akteure hinaus auch Organisationen wie denen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern öffnen. Hierin bestünde nicht nur Chance, die soziale Basis der Proteste zu vergrößern, sondern auch, an die in vielen anderen Fällen sehr erfolgreichen *frames* „Menschenrecht auf Nahrung“ und „Ernährungssouveränität“ anzuknüpfen.

Politischer Protest ist ein kontextabhängiges Phänomen, und seinen Kontext bilden übergreifende politisch-ökonomische Strukturen ebenso wie spezifische politisch-historische, institutionelle und sozialstrukturelle Faktoren auf nationaler und lokaler Ebene. Die globale Nahrungsmittelpreiskrise erklärt zwar vordergründig das Auftreten ähnlicher Proteste an unterschiedlichen Orten im Globalen Süden innerhalb kurzer Zeit; wie diese Proteste ausfallen, welche Protestformen zu beobachten sind, welche Akteure beteiligt sind, inwiefern die Proteste sich verstetigen und wie erfolgreich sie sind, ist hingegen fallspezifisch zu erklären. Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten sind Teil der jeweiligen Geschichte sozialer Kämpfe, eingebunden in lokale und nationale gesellschaftlich-politische Verhältnisse. Entsprechend lassen sich die 'Hungeraufstände' und Proteste gegen hohe Preise zugleich als Teil spezifischer sozialer Kämpfe im nationalstaatlichen Kontext und als Widerstand gegen das aktuelle globale Nahrungsmittelregime lesen.

Literatur

- Africa Research Bulletin (2008): BURKINA FASO: Food Riots, in: *Africa Research Bulletin: Economic, Financial and Technical Series*, 45. Jg., Nr. 2, 17735C-17736A.
- Amin, Samir (1973): *Neo-Colonialism in West Africa*, Middlesex: Penguin.
- AN (2008): *Rapport de la Commission ad hoc sur la vie Chère*, Ouagadougou: L'Assemblée Nationale du Burkina Faso.
- Anseuw, Ward/Wily, Liz Alden/Cotula, Lorenzo/Taylor, Michael (2012): *Land Rights and the Rush for Land: Findings of the Global Commercial Pressure on Land Research Project*, Rom: International Land Coalition.
- Bello, Walden (2009): *The food wars*, London: Verso.
- Berger, Helge/Spoerer, Mark (2001): Economic Crises and the European Revolutions of 1848, in: *Journal of Economic History*, 61. Jg., Nr. 2, 293-326.
- Bin Wong, R. (1982): Food Riots in the Qing Dynasty, in: *The Journal of Asian Studies*, 41. Jg., Nr. 4, 767-788.
- Bratton, Michael/Walle, Nicolas van de (1992): Protest and Political Reform in Africa in: *Comparative Politics*, 24. Jg., Nr. 4, 419-442.
- CGT-B (2011): *Etude sur le panier de la ménagerie au Burkina Faso*, Ouagadougou: Confédération Générale du Travail du Burkina (CGT-B).

- Chouli, Lila (2012): Peoples' revolts in Burkina Faso, in: Manji, Firoze (Hrsg.), *African awakening: the emerging revolutions*, Cape Town u.a.: Pambazuka, 131-14.
- Christiansen, Catrine/Utah, Mats/Vigh, Henrik (Hg.) (2006): *Navigating Youth – Generating Adulthood: Social becoming in an African context*, Uppsala: Nordic Africa Institute.
- CNP (2011): *Crise Sociale au Burkina Faso. Relure de Presse sur la crise consécutive au décès de l'élève Justin Zongo à Koudougou, période: février-mars 2011, Ouagadougou 2011*, Ouagadougou: Centre National de Presse Norbert Zongo.
- Cogneau, Denis/Mesple-Somps, Sandrine (2003): Les illusions perdues de l'économie ivoirienne et la crise politique, in: *afrique contemporaine*, Nr. 206, 87-104.
- EI (2009): *Study on the effects of structural adjustment policies in Burkina Faso*, Brussels: Education International.
- Engels, Bettina (2012): Brot und Freiheit: Proteste „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso, in: *Sozial. Geschichte Online*, Nr. 9 (2012), 85-115.
- FAO (2008): *Growing demand on agriculture and rising prices of commodities. An opportunity for smallholders in low-income, agricultural-based countries?* Paper prepared for the Round Table organized during the Thirty-first session of IFAD's Governing Council, 14 February 2008, Rome.
- Frank, Dana (1985): Housewives, Socialists, and the Politics of Food: The 1917 New York Cost-of-Living Protests, in: *Feminist Studies*, 11. Jg., Nr. 2, 255-285.
- Hagberg, Sten (2002): 'Enough is Enough': an ethnography of the struggle against impunity in Burkina Faso, in: *The Journal of Modern African Studies*, 40. Jg., Nr. 2, 217-246.
- Harsch, Ernest (2009): Urban Protest in Burkina Faso, in: *African Affairs*, 108. Jg., Nr. 431, 263-288.
- Honwana, Alcinda/de Boeck, Filip (Hrsg.) (2005): *Makers and Breakers: children and youth in postcolonial Africa*, Oxford: James Currey.
- Janin, Pierre (2009): Les « émeutes de la faim »: une lecture (géo politique) du changement (social), in: *Politique étrangère*, 74. Jg., Nr. 2, 251-263.
- Losch, Bruno (2000): Coup de cacao en Côte d'Ivoire, in: *Critique internationale*, Nr. 9, 6-14.
- Maas, Sarah/Matthews, Alan (2009): *Political economy lessons from the world food crisis 2007-08*, Dublin: Trinity College.
- Macamo, Elísio (2011): Social Criticism and Contestation: Reflections on the Politics of Anger and Outrage, in: *Stichproben Vienna Journal of African Studies*, 11. Jg., Nr. 20, 45-68.
- Maccatory, Bénédicte/Oumarou, Makama Bawa/Poncelet, Marc (2010): West African social movements "against the high cost of living": from the economic to the political, from the global to the national, in: *Review of African Political Economy*, 37. Jg., Nr. 125, 345-359.
- McMichael, Philip (2009a): *A food regime analysis of the 'world food crisis'*, in: *Agric Hum Values*, 4. Jg., 281-295.
- (2009b): A food regime genealogy, in: *Journal of Peasant Studies*, 36. Jg., Nr. 1, 139-169.
- (2008): *A Note on Rising Food Prices. Policy Research Working Paper 468*, Washington, D.C.: The World Bank.
- Mission Conjointe Gouvernement/Agences du SNU/ONG Save The Children UK (2008): *Impact de la hausse des prix sur les conditions de vie des ménages et les marchés de Ouagadougou et Bobo-Dioulasso. Rapport de synthèse de fin de mission*. Ouagadougou: DGPSA CONASUR DN/PNUD/UNICEF/PAM/FAO/Save the Children.
- Oxfam (2008): *Another Inconvenient Truth: How biofuel policies are deepening poverty and accelerating climate change*. Oxfam Briefing Paper 114, Oxford.
- Oxfam International (2008): *Double-Edged Prices. Lessons from the food price crisis: 10 actions developing countries should take*, Oxfam Briefing Paper 121, Oxford.
- Patel, Raj (2009): Food riots, in: Ness, Immanuel (Hrsg.), *The international Encyclopedia of Revolution and Protest*, Blackwell Reference Online.

- Pimbert, Michel (2009): *Towards Food Sovereignty*, London: IIED.
- Rosser, Peter (2009): Agrofuels, Food Sovereignty, and the Contemporary Food Crisis, in: *Bulletin of Science, Technology & Society*, 29. Jg., Nr. 3, 189-193.
- Schneider, Mindi (2008): "We are Hungry!" *A Summary Report of Food Riots, Government Responses, and States of Democracy in 2008*, Cornell University, Ithaca, NY.
- Stage, Jesper/Stage, Jorn/McGranahan, Gordon (2009): *Is urbanization contributing to higher food prices?* Urbanization and emerging population issues working paper series No. 1, London: IIED/UNFPA.
- Storch, Robert D. (1982): Popular Festivity and Consumer Protest: Food Price Disturbances in the Southwest and Oxfordshire in 1867, in: *Albion: A Quarterly Journal Concerned with British Studies*, 14. Jg., Nr. 3-4, 209-234.
- Südhoff, Ralf (2008): Aufstand der Hungrigen, in: *Die Presse*, 5.6.2008
- Tarrow, Sidney G. (1998): *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge, MA: Cambridge UP.
- Taylor, Verta/van Dyke, Nella (2004): „Get up, Stand up“: Tactical Repertoires of Social Movements, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Malden, MA: Blackwell, 62-293.
- Thompson, Edward Palmer (1971): The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, in: *Past and Present*, 50. Jg., 76-136.
- Tilly, Louise A. (1971): The Food Riot as a Form of Political Conflict in France, in: *The Journal of Interdisciplinary History*, 2. Jg., Nr. 1, 23-57.
- von Braun, Joachim (2008): *Rising food prices: What should be done?*, Washington, D.C.: IFPRI.
- Walton, John/Seddon, David (1994): *Free markets and food riots: the politics of global adjustment*, Oxford u.a.: Blackwell.
- Zahonogo, Pam/Bitibale, Soumaila/Kabre, Adama (2011): *Etude sur la structure des prix des biens et services de grande consommation*, Ouagadougou: Ministère de l'industrie, du commerce et de l'artisanat.



335

iz3w ◀

Wissenschaft global – das Rektorat bleibt im Norden
 Außerdem: ▶ Frauenpower in Tansania ▶ Flüchtlinge
 in Australien ▶ Der Westen in Mali ▶ Filmschaffende in
 Afrika ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto

[auch als PDF-Download](#)

 iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd